

Ausbau der Solarenergie in Kaiserslautern schreitet voran

Rat fasst drei Beschlüsse zur Förderung von Photovoltaikanlagen

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 6. Dezember gleich drei Beschlüsse zum Ausbau der Solarenergie in Kaiserslautern gefasst. So gab der Rat grünes Licht für ein Änderungsverfahren des vorhandenen Bebauungsplans zwecks Ausbaus der Photovoltaikanlage Hölzengraben. Mit dem Plan zur Erweiterung der Anlage war die städtische Tochtergesellschaft WVE an die Stadt herangetreten. Sie hat zum Ziel, die neuen Betriebsgebäude eines benachbarten Unternehmens, das bisher schon die Solarenergie der Anlage Hölzengraben genutzt hat, auch mit Solarstrom zu versorgen.

Ebenfalls grünes Licht gab der Rat für die Aufstellung eines Bebauungsplans, durch den ein zweites Solar-Projekt der WVE ermöglicht werden soll, und zwar auf Teilen der Fläche des derzeitigen P+R-Parkplatzes in der Schweinsdell. Mit dem von der dort geplanten Photovoltaikanlage erzeugten Solarstrom können nach Auskunft der WVE in einem Umkreis von ca. 4,5 Kilometern städtische Liegenschaften (z.B. Schulen oder das Rathaus) und die SWK Verkehrs-AG mit Solarstrom versorgt werden. Durch die Nutzung des regenerativen Stroms



Der P+R-Parkplatz Schweinsdell wurde anlässlich der WM 2006 gebaut, hier ein Luftbild vom 12. Mai 2006. Auf Teilen der inzwischen wenig genutzten Fläche soll nun eine Photovoltaikanlage entstehen.

FOTO: PS

könne der jährliche Kohlendioxidausstoß der Stadt um ca. 720 Tonnen reduziert werden. Des Weiteren können durch die Errichtung der Photovoltaik-

anlage die seit einiger Zeit mindernutzten Parkplatze des Parkplatzes Schweinsdell einer Nachnutzung zugeführt werden. Die gesamte

Areal der Anlage inklusive Trafostation und der Umfahrung der Parkplatze in diesem Bereich werden eingezäunt und dadurch von der verbleiben-

den Parkplatze räumlich getrennt.

Zum Dritten wurde die Stadtverwaltung per Beschluss aufgefordert, in allen zukünftigen Bebauungsplan- und Bebauungsplanänderungsverfahren die verbindliche Festsetzungsmöglichkeit von Photovoltaikanlagen zu prüfen und die Festsetzung der Solarpflicht vorrangig – unter größtmöglicher Reduktion von Ausnahmetatbeständen – anzuwenden. Eine generell verbindliche Festschreibung in allen neuen Verfahren wurde aufgrund von Rechtsbedenken bereits in der Sitzung im Oktober vom Rat mehrheitlich abgelehnt.

Alle drei Beschlüsse stehen im Einklang mit den Klimaschutzbemühungen der Stadt Kaiserslautern, zu denen man sich im „Masterplan 100% Klimaschutz“ verpflichtet hat.

Nähere Informationen zu den drei Tagesordnungspunkten finden alle Interessierte im Ratsinformationssystem der städtischen Homepage unter der Stadtratssitzung vom 6. Dezember 2021. Informationen zum Masterplan 100% Klimaschutz sind zu finden unter www.kaiserslautern.de/umwelt. jps

Verteilung der neuen Abfallkalender ab 20. Dezember

Getrennte Broschüren für Innenstadt und Ortsbezirke

Vom 20. bis 24. Dezember 2021 lässt die Stadtbildpflege Kaiserslautern (SK) den städtischen Abfallkalender für das Jahr 2022 als Hauswurfsendung im Stadtgebiet verteilen. Haushalte und Gewerbebetriebe, die keinen Kalender erhalten, können diesen ab dem 27. Dezember unter der Telefonnummer (0631) 365-3850 nachfordern. Ab diesem Zeitpunkt liegen die Abfallratgeber auch kostenfrei zur Mitnahme in den städtischen Wertstoffhöfen, im Bürgercenter des Rathauses und bei den Stadtwerken Kaiserslautern (SWK) in der Bismarckstraße 14 aus.

„Da sich ab kommenden März in den Ortsbezirken die Sammlung von Verpackungen ändert, haben wir zwei verschiedene Abfallkalender erstellt“, so Andrea Buchloh-Adler, Werkleite-

rin der SK. In den Ortsteilen werden die Verpackungsabfälle aus Kunststoff, Metall und Verbundstoffen nur noch bis einschließlich Februar über die Gelben Säcke eingesammelt, ab März erfolgt die Abfuhr dann über die Gelben Tonnen. Diese werden von der Firma Jakob Becker EntsorgungsgmbH ab Mitte Februar an die Haushalte verteilt. Nähere Informationen hierzu sind dem Abfallkalender für die Ortsbezirke zu entnehmen.

Im Innenstadtbereich werden weiterhin die Gelben Säcke abgeholt. Diese sind jedoch an den Ausgabestellen nur noch gegen Abgabe einer Abholkarte erhältlich, die im Abfallkalender für die Innenstadt mehrfach abgedruckt ist.

Außerdem enthält die praktische DIN A5-Broschüre wieder viele nützli-



che Informationen zur Abfallentsorgung in Kaiserslautern. Zu erfahren



sind hier unter anderem die aktualisierten Abfuhrtermine für Restabfall,

Bioabfall, Altpapier und die Gelben Säcke/Gelben Tonnen. Darüber hinaus beinhaltet sie die neuen Sammeltermine des Umweltmobils sowie die geänderten Öffnungszeiten der Wertstoffhöfe in Erfenbach und in der Dannerstraße.

Alle Abfuhrtermine hat die Stadtbildpflege bereits online unter www.stadtbildpflege-kl.de veröffentlicht. Auch in der App der Stadtbildpflege werden alle relevanten Abfuhrtermine angezeigt. Die App kann kostenfrei im App-Store und im Google Play-Store heruntergeladen werden.

Die Stadtbildpflege bittet die Bevölkerung, die Aktualisierungen zu beachten, damit die Abfallbehälter weiterhin reibungslos geleert und die Wertstoffe richtig entsorgt werden können. jps

Wertstoffhöfe zwischen den Feiertagen geöffnet

Sonderleerung der Müllabfuhr am 5. Januar

Am 24. und 31. Dezember sind die städtischen Wertstoffhöfe in der Dannerstraße 17 und Siegelbacher Straße 187 geschlossen. Der Wertstoffhof in der Pfaffstraße 3 nimmt an diesen Tagen von 8 bis 14 Uhr Abfälle entgegen. Alle Wertstoffhöfe sind vom 27. bis 30. Dezember zu den regulären Zeiten geöffnet.

Darüber hinaus bittet der städtische Entsorgungsbetrieb zu beachten, dass sich in einzelnen Straßen im Stadtge-

biet zum Jahresbeginn der Abfuhrtag für die Restabfallbehälter ändert. Um in einigen Stadtteilen einen verlängerten Abfuhrintervall bis zum ersten Sammeltermin im neuen Jahr zu vermeiden, führt die Stadtbildpflege am 5. Januar 2022 in etwa 50 Straßen im Bereich Eselsfürth, PRE-Park und Innenstadt eine Sonderleerung durch.

Alle Abfuhrtermine sind unter www.stadtbildpflege-kl.de und in der Stadtbildpflege-App abrufbar. jps

Friedhofseinfahrt stundenweise erlaubt

Die Friedhofsverwaltung bietet dieses Jahr Sonderöffnungszeiten für das Befahren des Friedhofs mit dem Auto. Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, jeweils am Mittwoch, 22. und 29. Dezember in der Zeit von 7 bis 9 Uhr und von 14 bis 16.30 Uhr mit dem Pkw auf den Hauptfriedhof zu fahren. Am 24. und 25. Dezember sowie um den Jahreswechsel sind hingegen keine Fahrzeug-Einfahrten erlaubt. jps

Weihnachtsmarkt: Platzentgelte reduziert

Aufgrund der verkürzten Dauer des Weihnachtsmarktes wird die Stadtverwaltung den Standbetreibern dementsprechend reduzierte Platzentgelte in Rechnung stellen. Das hat Bürgermeisterin Beate Kimmel in der Sitzung des Marktausschusses am Donnerstag mitgeteilt. Der Weihnachtsmarkt war aufgrund der Pandemiesituation vorzeitig beendet worden und hatte nur 13 Tage – letztmalig am 4. Dezember – geöffnet. jps

Gesucht: Ausstellungsstücke zur Kammgarnspinnerei

Stadtmuseum bittet um Unterstützung

Auf Grund der Coronapandemie bereits mehrfach verschoben, soll es am 19. Februar 2022 endlich soweit sein: Das Stadtmuseum (Theodor-Zink-Museum | Wadgasserhof) eröffnet die Ausstellung „Am wollenen Faden: Die Kammgarnspinnerei Kaiserslautern, 1857-1981“. Gezeigt werden in der Scheune Exponate aus dem Bestand des Stadtarchivs und Stadtmuseums. Aber auch die Kaiserslauterner Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, sich mit ihrem ganz persönlichen Erinnerungsstück an der Ausstellung zu beteiligen. Gesucht werden deshalb nicht nur Fotos, Unterlagen und Gegenstände des damaligen Unternehmens, sondern auch Zeitzeugen, die ihre ganz persönlichen Geschichten oder Gedanken an die Kammgarnspinnerei zur Ausstellung beitragen möchten. Die Erinnerungsstücke können bis Ende Januar während der Öffnungszeiten beim Stadtmuseum in der Steinstraße 48 abgegeben werden. Eine Rückgabe der Exponate wird garantiert.

Die Öffnungszeiten des Stadtmu-



Im Rohwoll-Lager 1957

FOTO: EWALD HOINSKIS

seums sind Mittwoch bis Freitag von 10 bis 17 Uhr sowie Samstag und Sonntag von 11 bis 18 Uhr. Montag und Dienstag sowie vom 24. Dezember bis 4. Januar 2022 hat das Stadt-

museum geschlossen. Fragen werden gerne auch telefonisch unter der Nummer 0631/365-2327 oder per E-Mail an museum@kaiserslautern.de beantwortet. jps

Frohe Weihnachten und Alles Gute zum Neuen Jahr!

Dies ist die letzte Amtsblattausgabe des Jahres 2021. Die Ausgaben vom 24. Dezember und vom 31. Dezember entfallen. Die Redaktion des Amtsblatts und der Stadtvorstand der Stadt Kaiserslautern wünschen allen Leserinnen und Lesern eine Frohe Weihnachtszeit und schon jetzt Alles Gute und Viel Gesundheit im Neuen Jahr!

Verwaltung zwischen Feiertagen geschlossen

Die Stadtverwaltung Kaiserslautern ist vom 24. bis einschließlich 31. Dezember geschlossen. Ab dem 3. Januar 2022 gelten wieder die bekannten Öffnungszeiten. Folgende Dienststellen sind in dieser Zeit erreichbar:

Bürgercenter

29. Dezember, von 10 bis 14 Uhr. Notdienst lediglich zur Beantragung vorläufiger Personalausweise, vorläufiger Reisepässe und Kinderreisepässe bei nachgewiesenem kurzfristigem Reiseantritt.

Standesamt

27. bis 30. Dezember, jeweils von 9 Uhr bis 11 Uhr. Bereitschaftsdienst für die Anzeige von Sterbefällen und Ausstellung von Bestattungsgenehmigungen (Telefon 0631/365-2417) sowie für die Anzeige von (Haus-)Geburten (Telefon 0631/365-2254).

Zulassungsstelle

28. Dezember in der Zeit von 7.30 Uhr bis 13 Uhr. Eine Vorsprache ist allerdings nur nach vorheriger Terminvereinbarung möglich

Feuerwehr und Katastrophenschutz

Integrierte Leitstelle, Telefon 0631/316052-0.

Jugendamt

Bereitschaftsdienst, 27. bis 30. Dezember, jeweils von 7.30 Uhr bis 16.30 Uhr, Telefon 0631/365-2663.

Friedhofsverwaltung

27. bis 30. Dezember, jeweils von 9 Uhr bis 12 Uhr, Telefon 0631/365-3910.

Der Ruheforst ist bleibt in der Zeit vom 27. Dezember bis 1. Januar 2022 geschlossen, ist aber in dringenden Fällen unter 365-3924 zu erreichen.

Tourist Information

28. bis 30. Dezember, jeweils von 10 bis 16 Uhr. jps

STE/WVE: 24-Stunden-Notdienst erreichbar

Der Gemeinschaftsbetrieb der Stadtentwässerung Kaiserslautern AöR und der WVE GmbH ist ab Freitag, 24. Dezember, geschlossen und öffnet wieder am Montag, 3. Januar 2022. In dringenden Fällen steht ein 24-Stunden-Notdienst zur Verfügung, unter der Telefon-Nummer 0631/3723-0.

Die Vorstände der Stadtentwässerung, Rainer Grüner und Jörg Zimmermann, und der Geschäftsführer der WVE, Peter Nonnemacher, wünschen allen Bürgerinnen und Bürgern Frohe Weihnachten und ein gesundes neues Jahr! jps

IMPRESSUM AMTSBLATT

Herausgeber: Stadt Kaiserslautern
Redaktion Pressestelle: Matthias Thomas (V.i.S.d.P.), Sandra Janik-Sawetzi, Nadine Robarge, Anika Sedlmeier, Sandra Zehle, Tel. 0631 365-2206, E-Mail: amtsblatt@kaiserslautern.de
 Die Beiträge der Fraktionen und Gruppierungen des Gemeinderates stehen rechtlich in deren eigener Verantwortung.
Verlag: SÜWE Vertriebs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH & Co. KG
Redaktion Amtsblatt Kaiserslautern: Laura Braunbach, Tel. 0621 5902-776, E-Mail: amtsblatt-kaiserslautern@suewe.de
Druck: Druck- und Versanddienstleistungen Südwest GmbH, 67071 Ludwigshafen
Verteilung: PVG Ludwigshafen, E-Mail: zustellinformation@suewe.de oder Tel. 0621 572 498-68. Das AMTSBLATT KAISERSLAUTERN erscheint wöchentlich mittwochs/donnerstags außer an Feiertagen. Das AMTSBLATT KAISERSLAUTERN wird kostenlos an alle erreichbaren Haushalte in Kaiserslautern verteilt. Sofern eine Zustellung des Amtsblatts aufgrund von unvorhersehbaren Störungen nicht erfolgt sein sollte, kann das jeweils aktuelle Amtsblatt im Rathaus sowie im Bürgercenter abgeholt werden.

AMTLICHER TEIL

ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Bekanntmachung
Ergänzende Bedingungen
der
SWK Stadtwerke Kaiserslautern
Versorgungs-AG
Bismarckstr. 14
67655 Kaiserslautern
zu den Allgemeinen Anschlussbedingungen in Niederspannung gemäß Niederspannungsanschlussverordnung (NAV) vom 1. November 2006
zul. geändert zum 14. März 2019
gültig ab 01. Januar 2022

Inhaltsübersicht
1. Hausanschlusskosten gemäß § 9 NAV (Anschlüsse an öffentliche Verteilungsanlagen, die sowohl vor als auch nach dem 01.04.1980 errichtet wurden)
1.1 Kosten für die Erstellung des Hausanschlusses
1.2 Sonderfälle
1.3 Veränderungen bestehender Hausanschlüsse
1.4 Bauliche Veränderungen an versorgten Anwesen
1.5 Vorübergehende Anschlüsse
1.6 Verzögerung bei der Herstellung
2. Zahlungsbedingungen (Angebot, Annahme und Fälligkeit)
3. Anschlussnutzung bei unterbrechbaren Verbrauchseinrichtungen
3.1 Tonfrequenzsteuerempfänger oder vergleichbare Gerätschaften
3.2 Sonstiges
4. Baukostenzuschuss gemäß § 11 NAV
4.1 Bemessungsgrenze
4.2 Anschlüsse für Wohneinheiten, Mehrfamilienhäuser und sonstige Gebäude mit mehreren Wohneinheiten
4.3 Weiterer BKZ über einer Leistungsanforderung von 30 kW
5. Inbetriebsetzung gemäß §§ 13, 14 NAV
6. Unterbrechungs- u. Wiederinbetriebsetzungskosten gemäß §§ 14, 24 NAV
7. Umsatzsteuer
8. Inkrafttreten

Anhang 1

Ergänzende Bedingungen zu den Allgemeinen Anschlussbedingungen in Niederspannung gemäß Niederspannungsanschlussverordnung (NAV) vom 1. November 2006 zuletzt geändert zum 14. März 2019.

1. Hausanschlusskosten gemäß § 9 NAV
1.1 Kosten für die Erstellung des Hausanschlusses

Der Anschlussnehmer erstattet dem Netzbetreiber die Kosten für die Erstellung des Hausanschlusses, d. h. der Verbindung des Verteilernetzes mit der Kundenanlage, beginnend an der Abzweigstelle des Niederspannungsnetzes und endend mit der Hausanschlussicherung. Die Kosten betragen bei einer Länge des Hausanschlusses bis zu 10 m bei Erdkabel (bei einseitiger Kabelverlegung ab Straßenmitte gerechnet) und bis zu 20 m Anschlussleitung bei Freileitung:

Kosten Hausanschluss	Freileitungsnetzen Euro netto / Euro brutto	Erdkabelnetzen Euro netto /Euro brutto
als Grundbetrag (bis 30 kW):	856,00 / 1018,64	1.734,00 / 2.063,46
Zuschläge je Meter Mehrlänge:	43,00 / 51,17	68,00 / 80,29

1.2 In Sonderfällen

D. h. bei Hausanschlüssen anderer als der in 1.1 genannten Ausführungen, z. B. Erdkabelanschluss an ein Freileitungsnetz oder Anschlüsse, die nach Art, Dimension und Lage von üblichen Hausanschlüssen, insbesondere bei Überschreitung des Wertes von 30 kW, wesentlich abweichen, werden die Herstellungskosten individuell ermittelt und sind vom Antragsteller zu 100 % zu erstatten.

Sind dem Netzbetreiber Anschlüsse außerhalb bebauter Ortslage aus Gründen nach §17 Abs. 2 oder §18 Abs.1 Satz 2 Energiewirtschaftsgesetz nicht zuzumuten, kann der Netzbetreiber den Anschluss ablehnen oder zur Entlastung der Allgemeinheit einen zusätzlichen Kostenbeitrag (Wirtschaftlichkeitszuschlag) erheben.

1.3 Veränderungen bestehender Hausanschlüsse
Bei Veränderungen bestehender Hausanschlüsse in örtlichen Verteilungsanlagen, z. B. Änderung von Zwei- in Vierleiteranschluss, wird als Hausanschlusskostenbetrag folgender Wert berechnet:

	Euro netto	Euro brutto
Grundbetrag	430,00	511,70

1.3.1	Hinzu kommen ggf. Zuschläge gemäß den halben unter 1.1 festgelegten Sätzen.
--------------	---

1.3.2	Diese Kostenregelung gilt auch dann, wenn die Veränderung des Hausanschlusses schon vor einem dahin gehenden Antrag des Kunden (z. B. im Zuge von Ortsnetzumbauten) als vorausschauende Maßnahme erfolgt ist.
--------------	---

1.4 Bauliche Veränderungen an versorgten Anwesen

1.4.1	Bei Freileitung, z. B. Entfernen des Dachständers und Wiederanbringung infolge von Umbauarbeiten, Abriss und Wiederaufbau, Aufstockung, Dachstuhländerung usw., werden für diese Arbeiten Material- und Montagekosten berechnet in Höhe von:
--------------	--

	Euro netto	Euro brutto
pauschal	679 ,00	808,01

Zu Lasten des Netzbetreibers gehen alle Kosten für Anlagenteile, die nicht der abschließlichen Versorgung des Kunden dienen, z. B. weiterführende Leitungen, Mehraufwand bei Kreuzungsständern, Verankerungen, usw.).

1.4.2 Bei Erdkabel werden dem Antragsteller bzw. Kunden für Veränderungen des Hausanschlusses, auch für Stilllegungen, die durch eine Änderung oder Erweiterung seiner Anlage erforderlich oder aus anderen Gründen von ihm veranlasst wurden, die Kosten nach tatsächlichem Zeit- und Materialaufwand berechnet.

1.5 Vorübergehende Anschlüsse
Für Anschlüsse die nur für eine vorübergehende Zeit erstellt werden, werden die Kosten der Montage und Demontage sowie ein anteiliger Ansatz für den Materialaufwand berechnet.

1.6 Verzögerungen bei der Herstellung
Verzögerungen bei der Herstellung des Netzanschlusses, die vom Netzbetreiber nicht zu vertreten sind, z.B. in Fällen höherer Gewalt, führen zu einer entsprechenden Verlängerung der Ausführungsfrist.

2. Zahlungsbedingungen (Angebot, Annahme und Fälligkeit)
Der Netzbetreiber erstellt dem Anschlussnehmer ein Angebot für den Anschluss seines Bauvorhabens an das Verteilungsnetz bzw. für die Veränderung des Netzanschlusses. Diesem Angebot ist die Höhe der Netzanschlusskosten und des Baukostenzuschusses zu entnehmen. Der Anschlussnehmer erteilt dem Netzbetreiber auf

Grund des Angebotes den Auftrag zur Herstellung bzw. Veränderung des Netzanschlusses. Der Netzbetreiber kann die Inbetriebsetzung der Kundenanlage von der vollständigen Bezahlung der Netzanschlusskosten und des Baukostenzuschusses abhängig machen. Die Fälligkeit der Zahlung ergibt sich ansonsten aus dem Angebot.

3. Anschlussnutzung bei unterbrechbaren Verbrauchseinrichtungen
--

3.1 Tonfrequenzrundsteuerempfänger oder vergleichbare Gerätschaften
Für die Anschlussnutzung zum Betreiben von unterbrechbaren Verbrauchseinrichtungen kann der Netzbetreiber die Entnahme der elektrischen Energie über Tonfrequenzrundsteuerempfänger fordern, sofern mit dem Anschlussnehmer vertraglich verminderte Netzentgelte vereinbart sind. Dies hat zur Folge, dass in netzkritischen Situationen die Verbrauchseinrichtungen gesteuert / gedrosselt und ggf. unterbrochen werden können. Der Netzbetreiber behält sich vor anstatt Tonfrequenzrundsteuerempfängern, entsprechend Stand der Technik, vergleichbare Gerätschaften einzusetzen.

3.2 Sonstiges
Die technischen Anforderungen an den Aufbau der Zähleranlage des Anschlussnutzers sind in der VDE-AR-N 4100 sowie den Technischen Anschlussbedingungen des Netzbetreibers geregelt. Die Steuerung der Freigabe- bzw. Unterbrechungszeiten erfolgt durch den Netzbetreiber.

4. Baukostenzuschuss gemäß § 11 NAV
--

4.1 Bemessungsgrenze
Der Anschlussnehmer zahlt dem Netzbetreiber für die Erstellung oder Verstärkung der dem Netzanschluss vorgelagerten Teile des Netzes der allgemeinen Versorgung einen Baukostenzuschuss für die örtlichen Verteilungsanlagen nach Maßgabe der §§ 11 und 29 NAV, sofern der Leistungsbedarf je Netzanschluss 30 kW übersteigt.

Der Anschlussnehmer zahlt einen weiteren BKZ, wenn er seine Leistungsanforderung erheblich über das der ursprünglichen Berechnung zu Grunde liegende Maß hinaus erhöht (NAV §11 Abs. 4).

Als erheblich wird dabei ein Wert von 5%, mindestens jedoch 20 kW gesehen.

4.2 Anschlüsse für Wohneinheiten, Mehrfamilienwohnhäuser und sonstige Gebäude mit mehreren Wohneinheiten

Gemäß §11 Abs. 3 NAV wird für die Leistungen kleiner 30 kW, dies entspricht drei Wohneinheiten nach DIN 18015-1, kein Baukostenzuschuss in Rechnung gestellt. Ab der vierten Wohneinheit wird ein Baukostenzuschuss berechnet. Der vom Anschlussnehmer zu zahlende Baukostenzuschuss errechnet sich unter Berücksichtigung des Vorstehenden wie folgt:

BKZ = BKZsp x P
Der BKZsp ist dem aktuellen Preisblatt zu entnehmen

4.3 Weiterer BKZ über einer Leistungsanforderung von 30 kW

Der Anschlussnehmer zahlt einen weiteren Baukostenzuschuss, wenn er seine Leistungsanforderung nach Maßgabe von §11 Abs. 4 NAV erhöht. Eine Erhöhung liegt regelmäßig von, wenn eine Veränderung am Netzanschluss erforderlich wird, z.B. beim

- Herstellen eines neuen Netzanschlusses
- Verstärken des Leiterquerschnittes
- Austauschen des Hausanschlusskastens gegen einen leistungstärkeren Kasten
- Verstärken der vorhandenen, bzw. bei neuen Hausanschlüssen, der vorher vorhandenen Hausanschlussicherung

Für jedes angefangene kW des Weiteren Anschlusswertes im Niederspannungsnetz werden die Preise gemäß Preisblatt berechnet. Die Anwendung des Erheblichkeitswertes gem. Abs. 4.1 entfällt hierbei.

5. Inbetriebsetzung gemäß § 13, 14 NAV
Die Inbetriebsetzung des Netzanschlusses, bis zu der in der TAB definierten Trennvorrichtung für die Inbetriebsetzung der nachfolgenden elektrischen Anlage, erfolgt durch den Netzbetreiber, ggf. durch dessen Beauftragten. Dem Antragsteller wird für das Anschließen jeder Kundenanlage an das Verteilungsnetz des Netzbetreibers und deren Inbetriebsetzung sowie für das Anbringen der erforderlichen Messeinrichtung ein Betrag für eine Fachmonteurstunde berechnet.

Dieser Betrag kann auch berechnet werden, wenn die Anlage nach ihrer Außerbetriebsetzung, z. B. wegen Änderung, Erweiterung, Erhöhung des Anschlusswertes oder aus tariflichen Gründen (Einbau, Ausbau oder Austausch einer Mess-einrichtung), erneut angeschlossen und in Betrieb gesetzt wird. Ist eine beantragte Inbetriebsetzung der Kundenanlage aufgrund festgestellter Mängel an der Anlage nicht möglich, so zahlt der Anschlussnehmer hierfür sowie für etwaige weitere vergebliche Versuche der Inbetriebsetzung jeweils den gleichen Betrag.

6. Unterbrechungs- und Wiederinbetriebsetzungskosten gemäß §§ 14, 24 NAV
Wird der Netzanschluss eines Kunden aus Gründen, die der Netzbetreiber nicht zu vertreten hat unterbrochen, so werden dem Kunden die zur Außer - und Wiederinbetriebsetzung notwendigen Aufwendungen nach Maßgabe der §§ 14, 24 NAV berechnet. Unter Berücksichtigung des durchschnittlichen Wege - und Montageaufwandes wird hierfür der jeweils gültige Weiterverrechnungssatz für eine Fachmonteurstunde berechnet.

Entsteht für eine Außer - und Wiederinbetriebsetzung ein vom gewöhnlichen Verlauf der Dinge abweichender, überdurchschnittlicher Aufwand, so wird dieser anstelle der Pauschale individuell in Rechnung gestellt.

7. Umsatzsteuer
Die vorgenannten Bruttobeträge sind - sofern umsatzsteuerpflichtig - inklusive 19 % Umsatzsteuer (Stand 01.01.2020). Bei Änderungen des Umsatzsteuersatzes oder bei vom Gesetzgeber beschlossenen Abgaben, die auf das Entgelt der Kunden zu erheben sind, werden die Bruttobeträge entsprechend angepasst.

8. Inkrafttreten
Die vorliegenden „Ergänzende Bedingungen zu den Allgemeinen Anschlussbedingungen in Niederspannung gemäß Niederspannungsanschlussverordnung (NAV) vom 01. November 2006“ einschließlich Anhang 1 treten unter Aufhebung der bisher gültigen „Ergänzenden Bestimmungen“, vom 01. Juni 2020 in Kraft mit Wirkung vom:

01. Januar 2022
Anhang 1 zu den „Ergänzende Bedingungen zu den Allgemeinen Anschlussbedingungen in Niederspannung gemäß Niederspannungsanschlussverordnung (NAV) vom 1. November 2006“, zuletzt geändert zum 14. März 2019

Allgemeine Erläuterungen

Die Verbindung des Verteilernetzes des Netzbetreibers mit der elektrischen Anlage des Antragstellers bzw. Kunden (Hausanschluss) wird in der Regel als Vierleiteranschluss in Freileitung oder Erdkabel ausgeführt.

Der Freileitungsanschluss besteht aus dem Dachständer, soweit er als Träger für die Einführung der Innenleitung dient, der Durchführung dieser Leitung durch den Dachständer bis zur Hausanschlusssicherung einschließlich und - gegebenenfalls - aus der vom dem Leistungsnetz des Netzbetreibers heranzuführenden Leitung (Anschlussaußenleitung).

Der Erdkabelanschluss in Erdkabelnetzen besteht (soweit nicht anders vereinbart) aus der von dem Leitungsnetz des Netzbetreibers bis zur Hausanschlusssicherung heranzuführenden Kabelleitung (Kabelverbindungsleitung) und der Hausanschluss-sicherung.

Der Netzbetreiber stellt die elektrische Arbeit am Netzanschlusspunkt (z.B. Hausanschlusskasten, Kabelverteiler, Trafostation usw.) zur Verfügung.

Die Grundbeträge, die für die Herstellung bzw. Veränderung von Hausanschlüssen zu entrichten sind, gelten bei **Freileitungsanschlüssen** unter der Voraussetzung, dass eine Anschlussleitung nicht erforderlich ist, da der die Einführung der Innenleitung tragende Dachständer gleichzeitig als Ortsnetzstützpunkt dient.

Bekanntmachung des Tages der Wahl der Ortsvorsteherin/ des Ortsvorstehers im Ortsbezirk Kaiserslautern-Erfenbach und über die Einreichung von Wahlvorschlägen

I.
Am Sonntag, dem 06. März 2022, findet die Wahl der Ortsvorsteherin/des Ortsvorstehers im Ortsbezirk Kaiserslautern-Erfenbach statt. Eine etwa notwendig werdende Stichwahl wird am Sonntag, dem 27. März 2022, durchgeführt.

Aufgrund des § 62 des Kommunalwahlgesetzes (KWG) und des § 74 Abs. 1 der Kommunalwahlordnung (KWO) fordere ich hiermit zur Einreichung von Wahlvorschlägen für die Wahl der Ortsvorsteherin/des Ortsvorstehers im Ortsbezirk Kaiserslautern-Erfenbach auf.

II.
Wahlvorschläge können von Parteien im Sinne des Artikels 21 des Grundgesetzes, von Wählergruppen sowie von Einzelbewerberinnen und Einzelbewerbern eingereicht werden. Parteien und Wählergruppen können auch eine gemeinsame Bewerberin oder einen gemeinsamen Bewerber in einem gemeinsamen Wahlvorschlag benennen. Parteiwahlvorschläge und Wahlvorschläge mitgliedschaftlich organisierter Wählergruppen sind in einer Versammlung der wahlberechtigten Mitglieder oder Vertreterinnen und Vertreter des Ortsbezirks, Wahlvorschläge nicht mitgliedschaftlich organisierter Wählergruppen in einer Versammlung, zu der die Wahlberechtigten des Ortsbezirks einzuladen sind, in geheimer Abstimmung aufzustellen. Eine gemeinsame Bewerberin oder ein gemeinsamer Bewerber kann auch in geheimer Abstimmung einer gemeinsamen Versammlung von wahlberechtigten Mitgliedern/Anhängerninnen und Anhängern/Vertreterinnen und Vertretern der beteiligten Parteien und Wählergruppen gewählt werden. Neu auftretende Parteien, die unter § 16 Abs. 4 KWG fällt, muss spätestens am 54. Tage vor der Wahl, das ist am Dienstag, dem 11. Januar 2022, bis 18 Uhr, beim Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz, Mainzer Straße 14 - 16, 56130 Bad Ems, die Teilnahme an der Wahl anzeigen und ihre Eigenschaft als Partei im Sinne des Parteiengesetzes nachweisen. Dies entfällt, wenn die entsprechende Bestätigung zur Wahl der derzeitigen Vertretungskörperschaft eingereicht worden war.

III.
Die Wahlvorschläge müssen von einer Mindestzahl von Wahlberechtigten des Wahlgebiets, die den Wahlvorschlag unterstützen, unterschrieben sein (Unterstützungsunterschriften), soweit die Wahlvorschlagsträger nicht nach § 16 Abs. 3 oder § 62 Abs. 3 Satz 2 KWG davon befreit sind. Die Unterzeichnung durch die Bewerber selbst ist unzulässig. Für jede Wahl darf jeweils nur ein Wahlvorschlag unterschrieben werden.

Die Wahlvorschlagsträger sind für die Beibringung einer ausreichenden Zahl gültiger Unterstützungsunterschriften ausschließlich selbst verantwortlich. Nach Ablauf der Einreichungsfrist (Abschnitt IV) können Unterstützungsunterschriften nicht mehr geleistet werden.

In einem Wahlvorschlag zur Wahl der Ortsvorsteherin / des Ortsvorstehers darf nur eine Bewerberin oder ein Bewerber benannt werden.

Der Wahlvorschlag muss von mindestens 40 wahlberechtigten Personen unterzeichnet sein. Bei Wahlvorschlägen von Parteien und Wählergruppen, auf die § 16 Abs. 3 KWG zutrifft, bedarf es keiner Unterstützungsunterschriften. Das Gleiche gilt, wenn sich der bisherige Ortsvorsteher als Einzelbewerber bewirbt.

IV.
Der vollständig unterzeichnete Wahlvorschlag soll mit den erforderlichen Anlagen möglichst frühzeitig beim zuständigen Wahlleiter, Oberbürgermeister Dr. Klaus Weichel, Stadtverwaltung, Rathaus, Willy-Brandt-Platz 1, 67653 Kaiserslautern, oder bei der Stadtverwaltung, Referat Organisationsmanagement – Statistik und Wahlen – Rathaus, Willy-Brandt-Platz 1, 67653 Kaiserslautern, Erdgeschoß, Bürgercenter, Zimmer S 1, eingereicht werden.

Die Einreichungsfrist läuft am 48. Tage vor der Wahl ab, das ist am Montag, dem 17.01.2022, 18 Uhr.

V.
Vordrucke für Wahlvorschlag, Niederschrift über die Benennung der Bewerberin oder des Bewerbers, Zustimmungserklärung der Bewerberin oder des Bewerbers und Bescheinigung der Wählbarkeit der Bewerberin oder des Bewerbers sind bei der Stadtverwaltung, Referat Organisationsmanagement – Statistik und Wahlen – Rathaus, Willy-Brandt-Platz 1, 67653 Kaiserslautern, Erdgeschoß, Bürgercenter, Zimmer S 1, gegen Kostenerstattung erhältlich.

Amtliche Formblätter für Unterstützungsunterschriften werden auf Anforderung vom zuständigen Wahlleiter und von der Stadtverwaltung kostenfrei abgegeben.

Kaiserslautern, 08. Dezember 2021

gez.

Dr. Klaus Weichel
Oberbürgermeister als Wahlleiter

Bekanntmachung des Wahlleiters zur Eintragung der von der Meldepflicht befreiten wahlberechtigten Staatsangehörigen anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union in das Wählerverzeichnis

I.
Am Sonntag, dem 06. März 2022, von 8 bis 18 Uhr findet die Wahl der Ortsvorsteherin/des Ortsvorstehers des Ortsbezirks Kaiserslautern-Erfenbach und am Sonntag, dem 27. März 2022, von 8 bis 18 Uhr die etwaige Stichwahl statt.

II.
Wahlberechtigte Staatsangehörige anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die von der Meldepflicht befreit und deshalb in der Stadt Kaiserslautern im Ortsbezirk Erfenbach nicht gemeldet sind und daher auch nicht von Amts wegen in das Wählerverzeichnis eingetragen werden können, werden hiermit aufgefordert, ihre Eintragung in das Wählerverzeichnis **bis zum 28. Januar 2022, 12.00 Uhr**, bei der Stadtverwaltung zu beantragen.

Der Antrag soll nach dem Muster der Anlage 1 a der Kommunalwahlordnung gestellt werden. Antragsvordrucke können Sie bei der Stadtverwaltung, Referat Organisationsmanagement – Statistik und Wahlen – Rathaus, Erdgeschoß, Bürgercenter, Zimmer S 1, Willy-Brandt-Platz 1, 67657 Kaiserslautern, erhalten.

Kaiserslautern, 09. Dezember 2021

gez.

Dr. Klaus Weichel
Oberbürgermeister als Wahlleiter

ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Bekanntmachung
<p>Gemäß §§ 24 und 27 der Gemeindeordnung, in Verbindung mit § 16 der Hauptsatzung der Stadt Kaiserslautern, wird die vom Rat der Stadt Kaiserslautern in seiner Sitzung vom 06.12.2021 beschlossene Satzung vom 07.12.2021 hiermit öffentlich bekanntgemacht.</p>
<p>Satzung der Stadt Kaiserslautern über die Erhebung von Hundesteuer – Hundesteuersatzung – vom 07.12.2021</p>
<p>Gemäß § 24 der Gemeindeordnung (GemO) vom 13.01.1994 (GVBl. S. 153) i. V. m. § 1 Abs. 1, § 2 Abs. 1, § 3 und § 5 Abs. 3 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) vom 20.06.1995 (GVBl. S. 175), in den jeweils geltenden Fassungen, hat der Stadtrat in seiner Sitzung am 06.12.2021 folgende Satzung beschlossen, die hiermit bekannt gemacht wird:</p>
<p>§ 1 Steuergegenstand, Entstehung der Steuer</p> <p>(1) Steuergegenstand ist das Halten von Hunden im Gebiet der Stadt Kaiserslautern durch natürliche Personen.</p> <p>(2) Der Hundesteueranspruch entsteht mit Beginn des Kalenderjahres, für das die Steuer festzusetzen ist.</p>
<p>§ 2 Steuerschuldner, Haftung</p> <p>(1) Steuerschuldnerin / Steuerschuldner ist die Halterin / der Halter des Hundes. Hundehalterin / Hundehalter ist, wer einen Hund in seinen Haushalt aufgenommen hat.</p> <p>(2) Als Halterin / Halter gilt auch, wer einen Hund in Pflege oder Verwahrung genommen hat oder auf Probe oder zum Anlernen hält, wenn er nicht nachweisen kann, dass der Hund in einer Gemeinde der Bundesrepublik bereits steuerlich erfasst ist. Die Steuerpflicht tritt in jedem Fall ein, sobald die Pflege, Verwahrung oder Haltung auf Probe oder zum Anlernen den Zeitraum von zwei Monaten überschreitet.</p> <p>(3) Alle in einen Haushalt aufgenommenen Hunde gelten als gemeinsam gehalten. Halten mehrere Personen gemeinsam einen Hund oder mehrere Hunde, so sind sie Gesamtschuldner.</p>
<p>§ 3 Anzeigepflicht</p> <p>(1) Wer einen Hund hält, hat ihn binnen 14 Tagen nach Beginn der Haltung bei der Stadtverwaltung Kaiserslautern – Referat Finanzen, Abteilung Steuern – anzumelden. Bei der Anmeldung sind</p> <ol style="list-style-type: none">GeburtsdatumHerkunft und Anschaffungstag <p>glaubhaft nachzuweisen.</p> <p>(2) Die bisherige Halterin / der bisherige Halter eines Hundes hat den Hund innerhalb von 14 Tagen nach Beendigung der Hundehaltung im Stadtgebiet unter Angabe des Grundes schriftlich abzumelden. Mit der Abmeldung ist die vorhandene Hundesteuermarke zurückzugeben. Im Falle der Abgabe des Hundes sind bei der Abmeldung Name und Anschrift der Erwerberin / des Erwerbers anzugeben.</p> <p>(3) Ändern sich die Voraussetzungen für eine Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung oder ergeben sich sonstige Änderungen in der Hundehaltung, so hat die Hundehalterin / der Hundehalter dies binnen 14 Tagen der Stadtverwaltung Kaiserslautern – Referat Finanzen, Abteilung Steuern – anzuzeigen.</p>
<p>§ 4 Beginn und Ende der Steuerpflicht</p> <p>(1) Die Steuerpflicht beginnt mit Anfang des auf die Aufnahme eines Hundes in einen Haushalt folgenden Monats, frühestens mit dem Monat, in dem er drei Monate alt wird.</p> <p>(2) Die Steuerpflicht endet mit Ablauf des Kalendermonats, in dem der Hund abgeschafft wird, abhandenkommt oder stirbt. Kann der genaue Zeitpunkt nicht nachgewiesen werden, endet die Steuerpflicht mit Ablauf des Monats der Abmeldung.</p> <p>(3) Bei Wohnortwechsel einer Hundehalterin / eines Hundehalters beginnt die Steuerpflicht entsprechend Absatz 1 und endet entsprechend Abs. 2 Satz 1.</p>
<p>§ 5 Steuersatz</p> <p>(1) Die Hundesteuer wird für das Jahr 2022 festgesetzt auf:</p> <ol style="list-style-type: none">120 Euro für den ersten Hund168 Euro für den zweiten Hund228 Euro für jeden weiteren Hund <p>(2) Ab dem 01.01.2023 werden die Steuersätze jährlich in der Haushaltssatzung festgesetzt.</p>
<p>§ 6 Festsetzung und Fälligkeit</p> <p>(1) Die Steuerschuld wird durch Abgabenbescheid als Jahressteuer festgesetzt.</p> <p>(2) Die Steuer wird erstmalig einen Monat nach dem Zugehen des Abgabenbescheides für die zurückliegende Zeit und dann vierteljährlich am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November mit jeweils einem Viertel des Jahresbetrages fällig.</p> <p>(3) Beginnt oder endet die Steuerpflicht im Laufe des Jahres, so ist eine Steuer auf den der Dauer der Steuerpflicht entsprechenden Teilbetrag festzusetzen.</p> <p>(4) Auf Antrag der Steuerschuldnerin / des Steuerschuldners kann die Hundesteuer abweichend von Abs. 2 am 1. Juli in einem Jahresbetrag entrichtet werden. Der Antrag soll spätestens bis zum 30. September des vorangehenden Kalenderjahres gestellt werden.</p> <p>(5) Für diejenigen Steuerschuldnerinnen / Steuerschuldner, die für das Kalenderjahr die gleiche Hundesteuer wie im Vorjahr zu entrichten haben, kann die Hundesteuer durch öffentliche Bekanntmachung festgesetzt werden. Für die Steuerschuldnerinnen / Steuerschuldner treten mit dem Tage der öffentlichen Bekanntmachung die gleichen Rechtswirkungen ein, wie wenn ihnen an diesem Tag ein schriftlicher Steuerbescheid zugegangen wäre.</p>
<p>§ 7 Steuerbefreiung</p> <p>(1) Steuerbefreiung ist auf Antrag zu gewähren für das Halten von</p> <ol style="list-style-type: none">Hunden, die zum Schutz und zur Hilfe blinder, gehörloser oder sonst völlig hilfloser Personen unentbehrlich sind. Die Blindheit, Gehörlosigkeit oder völlige Hilflosigkeit kann mit einem Schwerbehindertenausweis oder ärztlichen Gutachten nachgewiesen werden.Rettungshunden, die regelmäßig und uneingeschränkt im Bereich des Feuerwehr-, Sanitäts- oder Rettungsdienstes oder bei einer staatlich anerkannten und/oder im öffentlichen Katastrophenschutz tätigen Hilfsorganisation eingesetzt sind und die Ausbildung und Prüfung nach der „Dienstvorschrift für die Ausbildung und Prüfung von Rettungshunden der Feuerwehr-Facheinheiten Rettungshunde/Ortungstechnik (RHOT) bei den Feuerwehren in Rheinland-Pfalz“ oder die „Gemeinsame Prüfungs- und Prüferordnung für Rettungshundeteams gemäß DIN 13050“ oder eine vergleichbare Ausbildung und Prüfung mit Erfolg abgelegt haben. Die Ablegung der Ausbildung und Prüfung sowie der regelmäßige und uneingeschränkte Einsatz sind auf Anforderung von der betreibenden Organisation schriftlich nachzuweisen.Hunden, die aus Gründen des Tierschutzes vorübergehend in Tierheimen oder ähnlichen Einrichtungen untergebracht sind.Schweißhunden von anerkannten Führerinnen und Führern im Sinne des § 35 Abs. 4 Landesjagdgesetz.Hunden, die nachweislich durch die Hundehalterin / den Hundehalter selbst aus dem Tierheim des Tierschutzvereins Kaiserslautern und Umgebung e. V. übernommen worden sind. Die Steuerbefreiung wird auf 2 Jahre, anknüpfend an den

<p>Beginn der Steuerpflicht nach § 4, befristet und wird in einem Haushalt innerhalb von 10 Jahren nur für einen Hund gewährt.</p> <p>(2) Hunde, für die nach Abs. 1 Steuerbefreiung gewährt wird, sind bei der Bemessung der Steuer für zu versteuernde Hunde nicht in Ansatz zu bringen.</p> <p>(3) In den Fällen des Abs. 1 Nr. 1 wird Steuerbefreiung nur für einen Hund gewährt.</p>	<p>§ 7a Steuerfreie Hundehaltung</p> <p>(1) Nicht beststeuerbar ist nach Art. 105 Abs. 2a Grundgesetz insbesondere</p> <ol style="list-style-type: none">Die Haltung von Hunden, die ausschließlich zur Berufsarbeit und Einkommenserzielung gehalten werden und hierfür notwendig sind.Die Haltung von Diensthunden, wenn diese auf Weisung des Dienstherrn in den Haushalt aufgenommen werden, auf Kosten des Dienstherrn angeschafft wurden, in dessen Eigentum verbleiben und die Unterhaltungskosten überwiegend aus öffentlichen Mitteln bestritten werden.Die Haltung von Hunden, die von wissenschaftlichen Einrichtungen ausschließlich zu wissenschaftlichen Zwecken gehalten werden. <p>(2) Die Voraussetzungen für die Steuerfreiheit sind durch Vorlage entsprechender Nachweise zeitnah zu belegen.</p> <p>(3) Ändern sich die Voraussetzungen für die Steuerfreiheit, so hat die Hundehalterin / der Hundehalter dies binnen 14 Tagen anzuzeigen.</p>	<p>§ 8 Steuerermäßigung</p> <p>(1) Die Steuer ist auf Antrag der / des Steuerpflichtigen auf die Hälfte zu ermäßigen für das Halten von Hunden, die zur Bewachung von Gebäuden, welche von dem nächsten bewohnten Gebäude in mehr als 200 m Luftlinie entfernt liegen, erforderlich sind, jedoch für höchstens zwei Hunde.</p> <p>(2) Werden von einer Hundehalterin / einem Hundehalter neben Hunden, für welche die Steuer nach Abs. 1 ermäßigt wird, voll zu versteuernde Hunde gehalten, so gelten diese für die Bemessung der Steuer als zweite oder weitere Hunde.</p>	<p>§ 9 Allgemeine Bestimmungen für die Steuerbefreiung und Steuerermäßigung</p> <p>(1) Die Steuervergünstigung (Steuerbefreiung oder Steuerermäßigung) wird wirksam mit Beginn des auf die Antragstellung folgenden Monats. Wird die Steuervergünstigung gleichzeitig mit der Anmeldung des Hundes beantragt, so ist sie ab dem ersten Tag der Besteuerung zu gewähren; dies gilt nicht, wenn der Hund verspätet angemeldet wird.</p> <p>(2) Steuerbefreiung oder Steuerermäßigung wird nur gewährt, wenn</p> <ol style="list-style-type: none">die Hunde für den angegebenen Verwendungszweck geeignet sind; dies kann von der Vorlage eines entsprechenden Nachweises abhängig gemacht werden,die Halterin / der Halter der Hunde in den letzten fünf Jahren nicht wegen eines Vergehens gegen tierschutzrechtliche Bestimmungen belangt wurde,für die Hunde geeignete, den Erfordernissen des Tierschutzes entsprechende Unterkunftsräume vorhanden sind,in den Fällen des § 7 Abs. 1 Nr. 3 ordnungsgemäß Bücher über den Bestand, den Erwerb, die Veräußerung und die Abgänge der Hunde geführt und auf Verlangen vorgelegt werden.	<p>§ 10 Hundesteuermarken</p> <p>(1) Für jeden Hund, dessen Haltung im Gebiet der Stadt Kaiserslautern angemeldet wurde, wird eine Hundesteuermarke ausgegeben, die im Eigentum der Stadt verbleibt.</p> <p>(2) Die Hundesteuermarken verlieren ihre Gültigkeit mit der Ausgabe neuer Hundesteuermarken.</p> <p>(3) Die jeweils gültige Hundesteuermarke ist außerhalb der Wohnung oder des umfriedeten Grundbesitzes von dem Hund sichtbar zu tragen.</p> <p>(4) Die Hundehalterin / der Hundehalter ist verpflichtet, den Beauftragten der Stadtverwaltung Kaiserslautern die gültige Hundesteuermarke auf Verlangen vorzuzeigen.</p> <p>(5) Endet die Hundehaltung, so ist die Hundesteuermarke mit der Anzeige über die Beendigung der Hundehaltung an die Stadtverwaltung Kaiserslautern – Referat Finanzen, Abteilung Steuern – zurückzugeben.</p> <p>(6) Bei Verlust der Hundesteuermarke ist dies unverzüglich bei der Stadtverwaltung Kaiserslautern – Referat Finanzen, Abteilung Steuern – anzuzeigen. Die Halterin / der Halter erhält auf Antrag eine Ersatzmarke. Für den Ersatz der Marke kann eine Verwaltungsgebühr erhoben werden. Dasselbe gilt bei einer unbrauchbar gewordenen Marke. Die unbrauchbar gewordene Marke ist zurückzugeben. Wird eine in Verlust geratene Hundesteuermarke wieder aufgefunden, ist die wiedergefundene Marke unverzüglich an die Stadtverwaltung Kaiserslautern – Referat Finanzen, Abteilung Steuern – zurückzugeben.</p>	<p>§ 11 Überwachung der Steuer</p> <p>(1) Gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 3 KAG i. V. m. §§ 90, 92 und 93 Abgabenordnung sind die Steuerpflichtigen und andere Personen verpflichtet, der Stadtverwaltung Kaiserslautern die für die Hundesteuererhebung erforderlichen Auskünfte zu erteilen.</p> <p>(2) Die Stadtverwaltung Kaiserslautern kann in Abständen von mindestens einem Jahr im Gebiet der Stadt Kaiserslautern Hundebestandsaufnahmen durchführen oder durchführen lassen. Dabei können folgende Daten erhoben werden:</p> <ol style="list-style-type: none">Name und Anschrift der Hundehalterin / des HundehaltersAnzahl der gehaltenen HundeHerkunft und AnschaffungstagGeburtsdatum	<p>§ 12 Ordnungswidrigkeiten</p> <p>(1) Ordnungswidrig im Sinne des § 16 KAG handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig</p> <ol style="list-style-type: none">als Hundehalterin oder Hundehalter entgegen § 3 Abs. 1 einen Hund nicht oder nicht rechtzeitig oder fehlerhaft anmeldet,als Hundehalterin oder Hundehalter entgegen § 3 Abs. 2 einen Hund nicht oder nicht rechtzeitig abmeldet und/oder die Hundesteuermarke nicht zurück gibt,als Hundehalterin oder Hundehalter entgegen § 3 Abs. 3 und § 7a Abs. 3 die Veränderung der Voraussetzungen für eine Steuerfreiheit, Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung nicht rechtzeitig anzeigt,als Hundehalterin oder Hundehalter entgegen § 10 Abs. 3 einen Hund außerhalb ihrer / seiner Wohnung oder ihres / seines umfriedeten Grundbesitzes ohne sichtbar befestigte gültige Steuermarke umherlaufen lässt oder dem Hund andere Gegenstände, die der Steuermarke ähnlich sind, anlegt,die Auskunftspflicht verletzt, die im Zusammenhang mit der allgemeinen Auskunftspflicht gemäß § 11 Abs. 1 oder der Hundebestandsaufnahme gemäß § 11 Abs. 2 gegeben ist. <p>(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Euro geahndet werden.</p>	<p>§ 13 In-Kraft-Treten</p> <p>Diese Satzung tritt am 01.01.2022 in Kraft; gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Kaiserslautern über die Erhebung von Hundesteuer vom 23. Oktober 2001 außer Kraft.</p> <p>Die Satzung wird hiermit ausgefertigt.</p> <p>Kaiserslautern, den 07.12.2021 Stadtverwaltung</p>
---	---	---	---	---	---	---	---

<p>In Vertretung</p> <p>gez. Beate Kimmel Bürgermeisterin</p>	<p>Gemäß § 24 Abs. 6 der Gemeindeordnung wird auf folgendes hingewiesen: Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes oder aufgrund dieses Gesetzes zustandegekommen sind, gelten ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustandegekommen. Dies gilt nicht, wenn</p> <ol style="list-style-type: none">die Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung, die Ausfertigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind, odervor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Aufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder jemand die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Gemeindeverwaltung unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht hat.
<p>Hat jemand eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 2 geltend gemacht, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.</p>	

Bekanntmachung
Festsatzung der Abfallgebühren 2022

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 07.12.2020 die Satzung vom 09.12.2020 zur Änderung der Satzung der Stadt Kaiserslautern über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung) vom 10.12.2012 beschlossen.

Gegenüber dem Kalenderjahr 2021 sind für das Kalenderjahr 2022 bei den Benutzungsgebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebühren) keine Änderungen eingetreten, so dass auf die Erteilung von Bescheiden für Abfallgebühren für das Kalenderjahr 2022 verzichtet wird.

Für diejenigen Gebührenpflichtigen, deren Bemessungsgrundlagen sich seit der letzten Bescheiderteilung nicht geändert haben, wird deshalb durch diese öffentliche Bekanntmachung gemäß § 19 Abs. 2 der Satzung der Stadt Kaiserslautern über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung) die Gebühr für das Kalenderjahr 2022 in der zuletzt für das Kalenderjahr 2021 veranlagten Höhe festgesetzt.

Die Benutzungsgebühren für die Abfallentsorgung werden mit den in den zuletzt erteilten Bescheiden über Abfallgebühren festgesetzten Raten und zu den genannten Terminen fällig.

Wurden bei den Abfallgebühren zu dieser Bekanntmachung bereits Bescheide für das Kalenderjahr 2022 erteilt, so sind die darin festgesetzten Beträge zu entrichten.

Die Bescheide über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Abfallentsorgung gelten so lange bis sie durch neue Bescheide ersetzt werden.

Mit dem Tage der öffentlichen Bekanntmachung dieser Gebührenfestsetzung treten für die Gebührenpflichtigen die gleichen Rechtswirkungen ein, wie wenn ihnen an diesem Tage ein schriftlicher Gebührenbescheid zugegangen wäre.

Rechtsbehelfsbelehrung:
Die Gebührenfestsetzung kann innerhalb einer Frist von einem Monat nach dieser öffentlichen Bekanntmachung durch Widerspruch angefochten werden. Der Widerspruch ist beim Eigenbetrieb Stadtbildpflege Kaiserslautern -Eigenbetrieb der Stadt Kaiserslautern-, Kundencenter, Daennerstr. 11, 67657 Kaiserslautern oder bei der Geschäftsstelle des Stadtrechtsausschusses, Rathaus Nord, Benzinoring 1, 67657 Kaiserslautern, 1. Obergeschoss, Zimmer Nr. B110 schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen.

Bei schriftlicher Einlegung des Widerspruchs ist die Widerspruchsfrist nur gewahrt, wenn der Widerspruch vor Ablauf dieser Frist bei der Behörde eingegangen ist.

Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. In diesem Fall ist das elektronische Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur zu versehen. Bei der Verwendung der elektronischen Form sind besondere technische Rahmenbedingungen zu beachten, die im Internet unter „www.kaiserslautern.de/Serviceportal/Elektronische Kommunikation“ aufgeführt sind.

Kaiserslautern, den 07.12.2021

<p>Stadtverwaltung In Vertretung gez. Beate Kimmel Bürgermeisterin</p>
--

Bekanntmachung
Vorläufige Sicherung von Überschwemmungsgebieten

Aufgrund des § 76 Abs. 3 WHG (Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts vom 31.07.2009, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes v. 18.08.2021) wird für das nachfolgend bezeichnete Gewässer bis zur Festsetzung durch Rechtsverordnung das in der Arbeitskarte durch die Stadtverwaltung Kaiserslautern - Untere Wasserbehörde – dargestellte Überschwemmungsgebiet vorläufig gesichert:



Lauter:
Arbeitskarte vom 15.11.2021, für den Bereich Stadt Kaiserslautern – Abschnitt Gewässer III. Ordnung – vom Einmündungsbereich des Eselsbachs (Fluss-km 31,451) bis zur Flusslaufhöhe der Straße „An der Bormühle“ (Fluss-km 31,881)

In dem durch die Arbeitskarte dargestellten Gebiet gelten die besonderen Schutzvorschriften für festgesetzte Überschwemmungsgebiete des § 78 WHG.

Die Arbeitskarte wird bei der Stadtverwaltung Kaiserslautern, Referat Umweltschutz, Lauterstraße 2, 67657 Kaiserslautern zur Einsichtnahme bereitgehalten, kann aber auch auf der Homepage der Stadtverwaltung Kaiserslautern unter

https://www.kaiserslautern.de/sozial_leben_wohnen/umwelt/wasser/hochwasser/index.html.de

eingesehen werden.

Stadtverwaltung Kaiserslautern, 19.11.2021
i. V. Peter Kiefer
Beigeordneter

ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Bekanntmachung

Gemäß §§ 24 und 27 der Gemeindeordnung, in Verbindung mit § 16 der Hauptsatzung der Stadt Kaiserslautern, wird die vom Rat der Stadt Kaiserslautern in seiner Sitzung vom 06.12.2021 beschlossene Satzung vom 07.12.2021 hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Achte Satzung vom 07.12.2021 zur Änderung der Satzung der Stadt Kaiserslautern über die Reinigung öffentlicher Straßen und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung)

Der Stadtrat der Stadt Kaiserslautern hat aufgrund der §§ 24 und 26 der Gemeindeordnung (GemO) in der Fassung vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.12.2020 (GVBl. S. 728), der §§ 1, 17, 40 und 53 Abs. 1 Ziff. 2 und Abs. 2 des Landesstraßengesetzes (LStrG) für Rheinland-Pfalz vom 1. August 1977 (GVBl. S. 273), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.09.2021 (GVBl. S. 543) und der §§ 1, 2, 3, 7 und 8 des Kommunalabgabengesetzes für Rheinland-Pfalz (KAG) vom 20. Juni 1995 (GVBl. S. 175), zuletzt geändert durch Gesetz vom 05.05.2020 (GVBl. S. 158), am 06.12.2021 folgende Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Kaiserslautern über die Reinigung öffentlicher Straßen und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung) beschlossen:

Artikel 1

Die Satzung der Stadt Kaiserslautern über die Reinigung öffentlicher Straßen und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung) vom 18.12.2009 in der Fassung der siebten Änderungssatzung vom 05.12.2018 wird wie folgt geändert:

1.

§ 13 wird wie folgt geändert:

a)

Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Nach Abzug des in § 11 Abs. 2 dieser Satzung ausgewiesenen Kostenanteils, der auf das allgemeine öffentliche Interesse entfällt, betragen die Gebühren:

a) in der Reinigungsklasse B-1

3,36 EUR/Meter/Jahr

b) in der Reinigungsklasse B-2-1

6,72 EUR/Meter/Jahr

c) in der Reinigungsklasse S-2

13,44 EUR/Meter/Jahr

d) in der Reinigungsklasse S-2-W

21,84 EUR/Meter/Jahr

e) in der Reinigungsklasse S-3

20,28 EUR/Meter/Jahr

f) in der Reinigungsklasse S-3-W

28,68 EUR/Meter/Jahr

g) in der Reinigungsklasse S-6-W

49,44 EUR/Meter/Jahr

h) in der Reinigungsklasse S-7-W

63,24 EUR/Meter/Jahr“

b)

Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Soweit die Stadt nach § 5 Abs. 2 dieser Satzung die Straßenreinigung für den Reinigungspflichtigen durchführt, werden folgende Gebühren erhoben:
- a)

für das Säubern der Straße (§ 7 dieser Satzung, Rinne bis Straßenmitte) pro Gebührenmeter 4,44 EUR/Meter/Jahr
- b)

für das Säubern der Gehwegfläche pro Gebührenmeter 4,44 EUR/Meter/Jahr
- c)

für Winterdienstarbeiten wird eine Pauschale pro Gebührenmeter von 11,04 EUR je Winter erhoben.

Die Reinigungshäufigkeit von Straßen und Gehwegflächen erfolgt nach § 3 Abs. 1 und 3 dieser Satzung, Winterdienstsätze erfolgen nach §§ 3 Abs. 3 und 10 Abs. 3 dieser Satzung.

Als Winter im Sinne von Abs. 2 lit. c) wird der Zeitraum von November bis März angesetzt. Soweit infolge von Einzelaufträgen der Winterdienst nur zeitanteilig erbracht wird, entsteht die Gebühr nur mit dem entsprechenden wöchentlichen Anteil.“

2.

§ 15 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

„(2) Die Kosten für die Beseitigung von außergewöhnlichen Verunreinigungen gemäß Absatz 1 werden wie folgt festgesetzt:

Fahrzeuge einschließlich Besatzung:

Lkw bis 3,5 t:

70,38 EUR/Stunde

Kleinkehrmaschine:

90,02 EUR/Stunde

Großkehrmaschine:

105,34 EUR/Stunde

Straßenwaschfahrzeug:

80,29 EUR/Stunde

Abfallentsorgung:

87,28 EUR/Stunde

Zusätzlicher Personaleinsatz (z.B. Reiniger):

60,97 EUR/Stunde“

3.

In § 18 Absatz 1 Nummer 5 werden folgende Sätze angefügt oder entgegen § 9 Abs. 2 insbesondere den Rinnen, Gräben und Kanälen Spül-, Haus-, Fäkal- oder gewerbliche Abwässer zuleitet oder Jauche, Blut oder sonstigen schmutzigen oder übelriechenden Flüssigkeiten dahin ableitet oder das in Rinnen, Gräben und Kanälen entstehende Eis nicht in der gleichen Weise beseitigt wie die durch Frost oder Schneefall herbeigeführte Glätte,

Stadtverwaltung
In Vertretung

gez. Beate Kimmel
Bürgermeisterin

Gemäß § 24 Abs. 6 der Gemeindeordnung wird auf folgendes hingewiesen: Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes oder aufgrund dieses Gesetzes zustandegekommen sind, gelten ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustandegekommen. Dies gilt nicht, wenn

1.

die Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung, die Ausfertigung

oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind, oder

2.

vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Aufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet

oder jemand die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Gemeindeverwaltung unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht hat.

Hat jemand eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 2 geltend gemacht, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Bekanntmachung der Stadt Kaiserslautern

Der Bauausschuss des Stadtrates Kaiserslautern hat in seiner Sitzung am 29.11.2021 folgendes beschlossen:

Widmung von Verkehrsanlagen im Bereich „Kernstadt“ und im Stadtteil Erfenbach

Die nachstehend aufgeführten Verkehrsanlagen werden gemäß § 36 des Landesstraßengesetzes –LStrG- in der jeweils genannten Funktion nach § 3 des LStrG dem öffentlichen Verkehr gewidmet:

Bereich „Kernstadt“:

1. **Am Schlagbaum**
Fl.Nr. 1434/2, als Gemeindestraße

2. **Apfelstraße**
Fl.Nr. 2293/24, 2293/25, als Gemeindestraße

3. **August-Herrmann-Straße**
Fl.Nr. 2333/29, als Gemeindestraße

4. **Barbarossaring**
Fl.Nr. 2317/3, 2317/8, als Gemeindestraße

5. **Barbarossastraße**
Fl.Nr. 2317/10, als Gemeindestraße

6. **Beethovenstraße**
Fl.Nr. 1576/20, als Gemeindestraße

7. **Bienenstraße**
Fl.Nr. 1415, als Gemeindestraße

8. **Birnstraße**
Fl.Nr. 2294/23, 2294/24, 2294/25, 1348/22, als Gemeindestraße

9. **Bismarckstraße**
Fl.Nr. 2276, 1349/3, 1348/21, als Gemeindestraße

10. **Carl-Reichert-Straße**
Fl.Nr. 2312/1, als Gemeindestraße

11. **Eisenstraße**
Fl.Nr. 1429, als Gemeindestraße

12. **Fabrikstraße**
Fl.Nr. 1348/19, 1348/27, 1445/11, 1445/12, als Gemeindestraße

13. **Fischerstraße**
Fl.Nr. 1367/2, 1367/4, 1385/4, als Gemeindestraße

14. **Frachtstraße**
Fl.Nr. 2075/4, als Gemeindestraße

15. **Franz-Xaver-Baumann-Straße**
Fl.Nr. 2315, als Gemeindestraße

16. **Gasstraße**
Fl.Nr. 813/1, 813/2, als Gemeindestraße

17. **Häfnerstraße**
Fl.Nr. 1669/7, als Gemeindestraße

18. **Heiligenstraße**
Fl.Nr. 344, als Gemeindestraße

19. **Heinrich-Heine-Straße**
Fl.Nr.1388/7, als Gemeindestraße

20. **Hilde-Mattuch-Platz**
Fl.Nr. 1466/8, als Fußweg

21. **Hochsandstraße**
Fl.Nr. 1541/11, als Gemeindestraße

22. **Hummelstraße**
Fl.Nr. 1466/6, 1466/9, 1466/10, 1466/11, 1466/12, 1463/24, als Gemeindestraße

23. **Jacobstraße**
Fl.Nr. 345, als Gemeindestraße

24. **Jägerstraße**
Fl.Nr. 1027, 1664/27, als Gemeindestraße

25. **Kantstraße**
Fl.Nr. 1445/3, als Gemeindestraße
Fl.Nr. 2120/37, Teilstück von Leibnizstraße bis Bremerstraße sowie von Bahnüberführung bis Fritz-Walter-Straße als Gemeindestraße

26. **Karcherstraße**
Fl.Nr. 1902/16, als Gemeindestraße

27. **Kniebrech**
Fl.Nr. 2193/9, 2193/14, Teilstück als Gemeindestraße

28. **Kohlbruchstraße**
Fl.Nr. 1546/4, als Gemeindestraße

29. **Logenstraße**
Fl.Nr. 1554/64, als Fußweg

30. **Luisenstraße**
Fl.Nr. 1375/3, 1375/4, 1375/5, als Gemeindestraße

31. **Lutzerstraße**
Fl.Nr. 1489, als Gemeindestraße

32. **Marienstraße**
Fl.Nr. 1104/4, als Gemeindestraße

33. **Maurerstraße**
Fl.Nr. 943/4, als Gemeindestraße

34. **Papiermühlstraße**
Fl.Nr. 1434, als Gemeindestraße

35. **Philipp-Mees-Platz**
Fl.Nr. 1547/6, als Gemeindestraße und Fußweg

36. **Pirmasenser Straße**
Fl.Nr. 1636/14, als Gemeindestraße

37. **Quellenstraße**
Fl.Nr. 1483/2, als Gemeindestraße

38. **Raiffeisenstraße**
Fl.Nr. 958/10 , als Gemeindestraße

39. **Rußgasse**
Fl.Nr. 977, als Gemeindestraße

40. **Scheffelstraße**
Fl.Nr. 1456, als Gemeindestraße

41. **Schumannstraße**
Fl.Nr. 1594/30, als Gemeindestraße

42. **Stahlstraße**
Fl.Nr. 1452, 1452/17, als Gemeindestraße
Fl.Nr. 1452/17, als Fußweg

43. **Stiftsplatz**
Fl.Nr. 1229/15, als Gemeindestraße
Fl.Nr. 1229/21, Teilstück als Fußgängerzone

44. **Wagnerstraße**
Fl.Nr. 283/3, als Gemeindestraße

45. **Wilhelmstraße**
Fl.Nr. 1469/25, 1469/26, als Gemeindestraße

46. **Willy-Brandt-Platz**
Fl.Nr. 397/7, Teilstück als Gemeindestraße

Stadtteil Erfenbach:

1. **Maienweg**
Fl.Nr. 300, Teilstück als Gemeindestraße

Die Planunterlagen und die Begründung der Widmungen können während der Dienststunden der Stadtverwaltung (montags bis donnerstags von 8.00 – 12.30 Uhr und 13.30 – 16.00 Uhr, freitags von 8.00 – 13.00 Uhr) beim Referat Stadtentwicklung im Rathaus, 11. OG, Zimmer 1124/1125, eingesehen werden.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist bei der Stadtverwaltung Kaiserslautern, Referat Stadtentwicklung , Rathaus, Willy-Brandt-Platz 1, 11. Obergeschoss, Zimmer Nr. 1124-1125 oder bei der Geschäftsstelle des Stadtrechtsausschusses, Rathaus Nord, Benzinoring 1, 1. Obergeschoss, Zimmer B110, schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen. Bei schriftlicher Einlegung des Widerspruchs ist die Widerspruchsfrist (Satz 1) nur gewahrt, wenn der Widerspruch noch vor Ablauf dieser Frist bei der Behörde eingegangen ist. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. In diesem Fall ist das elektronische Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz zu versehen. Bei der Verwendung der elektronischen Form sind besondere technische Rahmenbedingungen zu beachten, die im Internet unter „www.kaiserslautern.de/ekommunikation“ aufgeführt sind.

Kaiserslautern, 13.12.2021
Stadtverwaltung

gez.

Dr. Klaus Weichel
Oberbürgermeister

Stellenausschreibung

Bekanntmachung

Die UNIVERSITÄTSSTADT KAISERSLAUTERN sucht für ihr **Referat Recht und Ordnung, Führerscheinstelle**, zum nächstmöglichen Zeitpunkt

eine **Sachbearbeiterin bzw. einen Sachbearbeiter (m/w/d)** in Vollzeit.

Die Stellenbesetzung erfolgt unbefristet.

Die Bezahlung richtet sich nach der Entgeltgruppe 7 TVöD.

Den kompletten Ausschreibungstext (**Ausschreibungskennziffer: 191.21.30.186**) erhalten Sie bis zum Bewerbungsschluss im Internet unter **www.kaiserslautern.de/karriere**.

Bitte bewerben Sie sich ausschließlich online über unser Bewerbungsmanagementsystem. Den entsprechenden Zugang dazu finden Sie ebenfalls unter dem oben genannten Link.

Dr. Klaus Weichel
Oberbürgermeister

Stellenausschreibung

Bekanntmachung

Die UNIVERSITÄTSSTADT KAISERSLAUTERN sucht für ihre **Stabsstelle I.1 Gleichstellungsstelle** zum nächstmöglichen Zeitpunkt

eine **Mitarbeiterin bzw. einen Mitarbeiter (m/w/d) mit dem Schwerpunkt Istanbul-Konvention** in Teilzeit.

Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 19,5 Stunden (50%).

Die Stellenbesetzung erfolgt unbefristet.

Die Bezahlung richtet sich nach der Entgeltgruppe 9b TVöD.

Den kompletten Ausschreibungstext (**Ausschreibungskennziffer 158.21.D.145**) erhalten Sie bis zum Bewerbungsschluss im Internet unter **www.kaiserslautern.de/karriere**.

Bitte bewerben Sie sich ausschließlich online über unser Bewerbungsmanagementsystem. Den entsprechenden Zugang dazu finden Sie ebenfalls unter dem oben genannten Link.

Dr. Klaus Weichel
Oberbürgermeister

Diese Satzung tritt zum 01.01.2022 in Kraft.

Die Satzung wird hiermit ausgefertigt.

Kaiserslautern, den 07.12.2021

Artikel 2



ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Bekanntmachung

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 06.12.2021 die Aufstellung des nachfolgenden Bebauungsplans nach § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) und die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB in der Neufassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. 2017, Teil I, Nr. 72, S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10.09.2021 (BGBl. I S. 4147), beschlossen:

Bebauungsplanentwurf „P+R Parkplatz Schweinsdell, Teiländerung 1“ (Fotovoltaikanlage)

Planziel: Errichtung einer Fotovoltaikanlage

Begrenzung des Plangebiets:



Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung soll gemäß § 3 des Gesetzes zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Planungs- und Genehmigungsverfahren während der COVID-19-Pandemie (Planungssicherstellungsgesetz - PlanSiG) vom 20.05.2020 (BGBl. I, S. 1041), in Kraft getreten am 29.05.2020, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18.03.2021 (BGBl. I S. 353) durch die Veröffentlichung im Internet stattfinden. Den Bürger*innen wird darüber hinaus eine Einsichtnahme in die Unterlagen nach telefonischer Terminvereinbarung (0631 365-1610) angeboten.

Der Bebauungsplanentwurf mit den Textlichen Festsetzungen und der Begründung

liegt in der Zeit vom

03. Januar 2022 bis zum 04. Februar 2022

während der Dienststunden der Stadtverwaltung Kaiserslautern (montags - donnerstags von 8:00 – 12:30 Uhr und 13:30 – 16:00 Uhr, freitags von 8:00 – 13:00 Uhr) im Rathaus, Willy-Brandt-Platz 1, 67653 Kaiserslautern, beim Referat Stadtentwicklung im 13. Obergeschoss, Zimmer 1322, öffentlich aus. Ergänzend und zur unverbindlichen Information können die Planunterlagen auch im Internet unter www.kaiserslautern.de/biv oder über den unten stehenden QR-Code eingesehen werden.

Es wird nach § 3 Abs. 1 BauGB darauf hingewiesen, dass im oben genannten Zeitraum die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung der Planung besteht.

Darüber hinaus informieren wir Sie hiermit über die Verarbeitung Ihrer Daten, die Sie mit Ihrer Stellungnahme während der Öffentlichkeitsbeteiligung abgeben. Mit der Abgabe Ihrer Stellungnahme stimmen Sie der Verarbeitung Ihrer Daten zu. Wir verarbeiten Ihre Daten nach § 3 Baugesetzbuch (BauGB) und Artikel 6 Absatz 1 Satz 1 Nr. e) Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt und im Rahmen der gemeindlichen Planungshoheit, die der Stadt Kaiserslautern übertragen wurde. Wir benötigen Ihre personenbezogenen Daten, um unsere Aufgaben erfüllen zu können. Sofern wir die für unsere Aufgabenerfüllung erforderlichen Daten nicht erhalten, besteht die Möglichkeit, dass wir Ihr Anliegen nicht bearbeiten können. Weitere Informationen können Sie auf der Internetseite der Stadt Kaiserslautern nachlesen unter www.kaiserslautern.de/datenschutz-bauleitplanverfahren

Kaiserslautern, den 13.12.2021
Stadtverwaltung

gez.

Dr. Klaus Weichel
Oberbürgermeister

jeweils geltenden Fassung) der bisherige Rechtszustand durch den in dem Beschluss über die Vereinfachte Umlegung Nr. 86/2 „Siegelbacher Straße“ vorgesehenen neuen Rechtszustand ersetzt.

Die Bekanntmachung schließt die Einweisung der neuen Eigentümer in den Besitz der zugeteilten Grundstücke ein. Mit dieser Bekanntmachung werden alle Geldleistungen fällig und sind zu den vereinbarten Terminen zahlbar. Die Berichtigung des Grundbuches und des Liegenschaftskatasters wird bei den zuständigen Behörden veranlasst. Kaiserslautern, 10.12.2021

Der Vorsitzende

(I.s.)
Rouven Reymann, Obervermessungsrat

Bekanntmachung

- Umlegungsausschuss -

für die Vereinfachte Umlegung Nr. 86/2 „Siegelbacher Straße“, Gemarkung Erfenbach

Der Beschluss über die Vereinfachte Umlegung Nr. 86/2 „Siegelbacher Straße“ ist am 08.12.2021 unanfechtbar geworden.

Mit dieser Bekanntmachung wird gemäß § 83 Abs. 2 BauGB (Baugesetzbuch in der

Ausschreibungs-Nr.: 2021/12-498

Ausführungsfristen
3 Monate nach Auftragsvergabe

Zentrale Vergabestelle – Telefon: 0631 3654432 / vergabestelle@kaiserslautern.de

Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen
Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt unter: (<https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXU7YYDYTYB/documents>)

Öffnung der Angebote: 17.01.2022, 10:00 Uhr
in 67657 Kaiserslautern, Rathaus Nord, Bau Erdgeschoss, Zimmer A016.
Zuschlagsfrist für die Ausschreibung endet am 07.02.2022

Nähere Informationen erhalten Sie unter
„www.kaiserslautern.de“ – Rathaus/Bürger/Politik - Ausschreibungen im Internet.

Kaiserslautern, den 14.12.2021

gez.
Peter Kiefer
Beigeordneter

NICHTAMTLICHER TEIL

WEITERE MELDUNGEN

Lebensmittelpakete zu Weihnachten

Spende der NATO-Musikfestival-Stiftung an Familienhilfe

„Alle Jahre wieder...“ fließt auch in diesem Jahr eine Spende der NATO-Musikfestival-Stiftung an den Sozialpädagogischen Beratungs- und Betreuungsdienst (SBBd) der Stadt Kaiserslautern. Mit dem Scheck über 1.000 Euro werden mehr als 20 Päckchen finanziert, die mit Obst, Lebensmitteln und der ein oder anderen süßen Überraschung gefüllt zu Weihnachten an bedürftige Familien verteilt werden. „Mit sehr viel Liebe gepackt, können wir sichergehen, dass unsere Spende eins zu eins direkt den Kindern und Familien hier in Kaiserslautern zu Gute kommt“, freuen sich die beiden Stiftungsvorsitzenden, Bürgermeisterin Beate Kimmel und Oberst Karl-Heinz Lutz. Man könne

sich bildlich vorstellen, wie der Inhalt der Päckchen die vielen Kinder Augen zum Strahlen bringt. Stiftungsvorstand Christoph Dammann, Leiter des städtischen Referates Kultur, dankt den freischaffenden Musikerinnen und Musikern, die bei ihren Auftritten auf ihre Gagen verzichten und so die Spende erst ermöglichen hätten. Wie Gertrud Stahl vom SBBd und Susanne Bernhart, Abteilungsleiterin der Sozialen Dienste, erläutern, betreut das Team des SBBd derzeit über 40 Familien mit knapp 80 Kindern. Angesichts des überall zu verzeichnenden Preisanstiegs sei es für diese eine große Entlastung, wenn zu Weihnachten ein Paket mit Lebensmitteln kommt. „Die



Hauptmann Alexander Glowatzki, Christoph Dammann, Oberst Karl-Heinz Lutz, Bürgermeisterin Beate Kimmel, Gertrud Stahl und Susanne Bernhart

FOTO: PS

Coronapandemie hat die Lage in den Familien zusätzlich verschärft!“ Durch fehlende Ausstattung oder räumliche Enge sind die Kinder beim Homeschooling vielfach benachteiligt. Oft mangle es auch an Beschäftigungs- und Spielmaterialien, vor allem aber fehlten die sozialen Kontakte. Der SBBd begleitet und unterstützt die Familien in der Regel über einen Zeitraum von 18 Monaten bis zwei Jahren. „Durch den zeitlich begrenzten Betreuungsrahmen hat die NATO-Musikfestival-Stiftung mit ihrer jährlichen Spende schon sehr viele Kinder und ihre Eltern unterstützt“, stellt Gertrud Stahl heraus. Ihr Team helfe den Familien unter anderem bei Erziehungsfragen und Alltagsproblemen sowie im Kontakt mit Ämtern und Institutionen, wobei stets die Hilfe zur Selbsthilfe im Vordergrund steht. Das Ziel der vor 18 Jahren gegründeten NATO-Musikfestival-Stiftung ist es, mit ihren Spenden soziale, karitative und gemeinnützige Einrichtungen und Projekte zu fördern. Sie leistet dies mit den Erträgen aus den Konzerten des Formates „Jazzbühne meets NATOjazz“ in der Fruchthalle. Dabei stehen die Jazzbühnen-Mitglieder Michael Lakatos, Martin Preiser und Stefan Engelmann zusammen mit verschiedenen Gästen aus internationalen NATO-Jazz-Formationen unentgeltlich auf der Bühne. |ps

FRAKTIONSBEITRÄGE

Frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr!

Die CDU- Stadtratsfraktion wünscht gesunde Festtage

Fraktion im Stadtrat

CDU

Das Jahr 2021 neigt sich seinem Ende zu. Nach einem schweren Jahr 2020 haben wir alle viele Hoffnungen in dieses Jahr gesetzt. Es war wiederum ein anstrengendes Jahr für viele von uns. Leider werden wir auch in der kommenden Zeit viel Kraft brauchen, um die Hürden, die uns noch bevorstehen, nehmen zu können. Wir wünschen Ihnen, dass Sie das Weihnachtsfest nach Ihren Vorstellungen gemeinsam mit Ihren Lieben feiern



FOTO: CHRISTIANE LANG

können. Vor allem wünschen wir Ihnen Gesundheit und Zuversicht und hoffen, dass wir alle trotzdem erholt

same und friedvolle Festtage haben werden. Kommen Sie mit neuer Kraft gut ins Jahr 2022. Wir bedanken uns für Ihr Interesse an unseren Beiträgen im Amtsblatt und hoffen, dass Sie auch im nächsten Jahr unsere Fraktionsarbeit verfolgen werden.

Ihre CDU-Stadtratsfraktion
Andreas Bernd, Barbara Busch, Marco Creutz, Ursula Düll, Marc Fuchs, Elisabeth Heid, Karin Krieger, Michael Littig, Klaus Müller, Sebastian Rupp, Constanze Schmidt, Manfred Schulz, Walfried Weber, Erika Wiebelt, sowie Anja Pfeiffer, Sarah Fuchs und Tanja Sturmfels

Standortsuche für neue DRK Rettungswache einstimmig beschlossen

Fraktion im Stadtrat

FDP

Die DRK Rettungswache braucht dringend neue Räumlichkeiten. Der jetzige Standort entspricht seit Jahren nicht mehr den gesetzlichen Anforderungen und ist zu klein. Der von der FDP-Fraktion in der letzten Sitzung des Stadtrates eingebrachten Antrag, zur Suche eines Standortes auf dem eine neue Rettungswache für das DRK gebaut werden kann, wurde einstimmig beschlossen. Für 260 Arbeitsplätze müssen ad-



FOTO: PIXABAY

äquate Sozial- und Schulungsräume errichtet werden. Gleichfalls stehen aktuell Rettungsfahrzeuge unzulässiger Weise im Freien. Um ein Einfrieren von Medikamenten und Infusionen im Winter zu verhindern müssen die Fahrzeuge geheizt werden. Im Sommer besteht die Gefahr der Über-

hitzung. Der Rettungsdienst ist ein ausgeklügeltes System. Jeder, der schon einmal in einer Notsituation die 112 gewählt hat, weiß was es bedeutet sich darauf verlassen zu können, dass in wenigen Minuten Hilfe vor Ort ist. Viele Männer und Frauen stehen bereit um bei jedem Wetter, zu jeder Tages- und Nachtzeit, an Wochen- und Feiertagen, auch im Katastrophenfall Menschen in Not zu helfen. Dieses System bedarf unser aller Wertschätzung und muss unterstützt werden. Eine neue Rettungswache für das DRK ist ein aktiver Beitrag dazu.

„Nur ein kleiner Pieks, aber eine große Hilfe für die Menschheit“

OBs der fünf Oberzentren rufen zum Impfen auf

Im Rahmen der nationalen Impf-Kampagne betreiben die rheinland-pfälzischen Oberzentren erneut kommunale Impfzentren und sie werben für eine gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung gegen die Covid-Pandemie. Ludwighafens OB Jutta Steinruck sowie ihre vier Amtskollegen Michael Ebling (Mainz), David Langner (Koblenz), Wolfram Leibe (Trier) und Klaus Weichel (Kaiserslautern) appellieren gemeinsam für die (Auffrischungs-)Impfung: „Wir bitten alle Impfberechtigten, ihr ganz persönliches Angebot für ihre kostenfreien Schutz-Impfungen

wahrzunehmen und sich sowie ihre Mitmenschen gegen Delta und Omikron zu schützen. Wir wollen und wir können das Sterben nicht akzeptieren, denn es gibt ein wirkungsvolles Mittel gegen dieses Leiden: Die zugelassenen Impfstoffe haben eine sehr gute Schutz-Wirkung und sie verhindern mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit schwerwiegende Covid-Erkrankungen. In unseren Impfzentren stehen Ärztinnen und Ärzte bereit, um Ihre Fragen zur Impfung gegen das Covid-Virus zu beantworten – niemand wird geimpft, ohne zuvor über die Impfstoffe medizinisch beraten zu

werden. Gemeinsam sind wir alle als Gesellschaft gefordert, diese vierte Welle zu brechen. Nur zusammen werden wir diese Situation bewältigen. Impfen und schützen wir uns also gegen Delta und Omikron. Jede einzelne Impfung zählt und hilft dabei, die Anzahl weiterer Infektionen zu reduzieren. Deshalb kommt es auf jede einzelne Bürgerin und jeden einzelnen Bürger an: Machen Sie bitte jetzt mit – schützen Sie sich selbst und schützen Sie unsere Mitmenschen. Es ist nur ein kleiner Pieks, aber eine große Hilfe für die Menschheit.“ jps

IG Nord: Klimaschutz auf dem Vormarsch

Installierte Solarstrom-Leistung höher als Verbrauch

In der Clara-Immerwahr-Straße im Industriegebiet Nord wurden auf neun von zehn Gebäuden Fotovoltaikanlagen installiert. Zusammen erzeugen sie eine Leistung von 2,5 Megawatt-peak, was in etwa einem Stromverbrauch von 600 Vier-Personen-Haushalten entspricht. Die installierten Anlagen erzeugen sogar mehr Strom, als von den Industrieunternehmen selbst benötigt wird. Was an Überschuss entsteht, wird in das öffentliche Stromnetz eingespeist. Zudem sind vier der zehn Gebäude einem Holz erreicht. „Damit zählt das IG Nord zu Deutschlands klimafreundlichsten Industriegebieten und leistet einen wesentlichen Beitrag zu unseren Klimaschutzbemühungen“, unterstreicht Beigeordneter und Umweltdezernent Peter Kiefer. „Als Masterplankommune will Kaiserslautern bis zum 2050



Luftbild der Photovoltaikanlagen im IG Nord

FOTO: DAMM SOLAR GMBH

klimaneutral sein. Dafür benötigen wir die aktive Mitwirkung und Unterstüt-

zung aller privaten, gewerblichen wie öffentlichen Stromverbraucher.“ jps

Buntes Themenspektrum am Telefon

Bürgersprechstunde von Beate Kimmel wird fortgesetzt

Ein buntes Themenspektrum aus ihrem Zuständigkeitsbereich sowie dezenternübergreifende Fragen waren Inhalt der letzten Bürgersprechstunde von Beate Kimmel in diesem Jahr. Sie ersetzte die auf Grund der hohen Inzidenzwerte ausgefallenen Formate, durch die die Bürgermeisterin mit den Bürgerinnen und Bürgern aus Kaiserslautern in Kontakt steht. „Der gemeinsame Austausch, durch den bereits wichtige Entwicklungen für Kaiserslautern angestoßen und Anregungen umgesetzt werden konnten, soll auch im neuen Jahr fortgesetzt werden“, verspricht Kimmel. Die nächste telefonische Sprechstunde findet am 13. Januar 2022 statt. Sobald es die Entwicklung der Coronapandemie zulasse, werde es auch wieder ihre Stadtbege(h)nungen, Marktgespräche, den Stammtisch für Alle und die Lautrer Szenetreffen geben. Darüber hinaus überlege sie derzeit, ihre Sprechstunde künftig auch digital anzubieten.

In der vergangenen Bürgersprechstunde, die erneut auf großen Zuspruch stieß, wurden unter anderem Abfalleimer an verschiedenen Bushaltestellen gefordert. Eine Anruferin wünschte sich mehr kostenpflichtige Verwarnungen von Hundebesitzerinnen und -besitzern, die die Hinterlassenschaften ihrer Vierbeiner nicht beseitigen, ein anderer Anrufer von Passanten, die verbotenerweise die Tauben und damit indirekt auch die Ratten fütterten. Beide baten die Bürgermeisterin, für die Ahndung der Vergehen mehr Zivilkräfte einzusetzen. Ein weiterer Bürger monierte die unzähligen Aufkleber an den Laternenmasten und Verkehrsschildern, die einen ungepflegten Eindruck erweckten. Auch die oft achtlos abgestellten E-Scooter sowie das teilweise gefährliche Fahrverhalten ihrer Nutzerinnen und Nutzer wurden in der Sprechstunde thematisiert.

Die Bürgermeisterin dankte für die

Hinweise, die sich stadtweit wiederholten. „Mit einer Vielzahl von guten Konzepten versucht die Stadtverwaltung, diesen Missständen Herr zu werden“, erläuterte Kimmel. Gelingen könne dies nur, wenn alle Bürgerinnen und Bürger Verantwortung übernehmen und ihren Teil dazu beitragen. „Dennoch verfolgen wir konsequent jeden möglichen Lösungsansatz, denn Sicherheit und Sauberkeit sind mit die wichtigsten Wohlfühlfaktoren.“

Bürgerinnen und Bürger, die sich mit Beate Kimmel zu Themen aus ihrem Zuständigkeitsbereich austauschen möchten, haben hierzu wieder am 13. Januar 2022 von 11 bis 12 Uhr Gelegenheit. Die Bürgermeisterin ist dann unter der Durchwahl (0631) 365-1020 zu erreichen. Hier von unabhängig können die jeweiligen Anliegen auch per E-Mail an buergermeisterin@kaiserslautern.de direkt an ihr Büro geschickt werden. jps

BigBlueButton verlängert

Das Projekt „BigBlueButton für Vereine“ wird bereits zum 4. Mal verlängert. Bis 31. Juli 2022 können Vereine sowie gemeinnützige Einrichtungen oder Selbsthilfegruppen auf die herzlich digitale Unterstützung zurückgreifen und die digitale Kommunikation für ihre Mitglieder, Funktionäre und die Verwaltung nutzen. Auch das Angebot einer Schulung bleibt weiterhin bestehen. Kernidee des Projekts ist es, die Kommunikation der Vereinsführung einerseits und die Interaktion mit den Mitgliedern

andererseits trotz Kontaktbeschränkungen aktiv zu halten.

Mithilfe des Videokonferenzsystems BigBlueButton (BBB) wurden seit Pandemiebeginn über 200 virtuelle Treffen ermöglicht. BBB ist ein quelloffenes (Open-Source) Webkonferenzsystem, mit dem virtuelle Konferenz- oder Klassenräume erstellt werden können. Die Software wird unter anderem von der Landesregierung für Schulen und Hochschulen eingesetzt. Die Nutzung des Konferenzsystems und die somit zur

Verfügung stehenden Werkzeuge sind einfach anwendbar und bewährten sich bereits in einigen vom Landesministerium organisierten Formaten, wie dem Kommunalkongress 2020.

Kapazitäten sind noch frei, wer sich für das Konferenzsystem interessiert oder weitere Fragen hat, kann sich gerne unter events@kl.digital-melden. Weitere Infos finden sich zudem online unter <https://www.herzlich-digital.de/ueber-uns/projekte/bbb-fuer-vereine/> jps

„Ich bin geimpft, weil...“

Stadt startet mit Unterstützern lokale Impfkampagne

„Der große Anteil ungeimpfter Personen ist laut einhelliger Expertenmeinung der Hauptgrund für die derzeit nahezu ungebremsst rollende vierte Corona-Welle und die vielen Schwerstkranken auf den Intensivstationen. Auch in Rheinland-Pfalz haben gerade einmal 69 Prozent der Bevölkerung ihre erste Impfschritte abgeschlossen. Um diesem Missstand entgegen zu wirken und möglichst viele Menschen vom Nutzen einer Impfung zu überzeugen, hat die Stadt Kaiserslautern nun eine Plakatkampagne gestartet.

„Das Ziel ist, Vertrauen in die Schutzimpfung zu schaffen und klare Argumente zu kommunizieren, durch Menschen von nebenan“, erläutert Christoph Dammann, Leiter des städtischen Kulturreferates, der die Idee hatte und das Konzept entwickelte. Unterstützt wurde er dabei von der Firma Wall, die umfangreiche Plakataflächen kostenlos zur Verfügung stellt, dem Rotary Club Kaiserslautern, der die Druckkosten übernimmt, und vom Arbeits- und sozialpädagogischen Zentrum (ASZ) in Kaiserslautern, das kurzfristig Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als „Fotomodelle“ ansprach und organisierte.

Das Plakat zeigt vier berufstätige Menschen in ihrem Arbeitsumfeld, eine Schneiderin, einen Tischlermeister, einen Arbeitsanleiter des Wertstoffhofes und eine Arbeitsanleiterin der Flechtwerkstatt. Dazu gibt es kurze und klare Aussagen: „Ich bin geimpft, weil ich nicht auf der Intensivstation landen möchte, weil ich meine Familie schützen will, weil auch Jüngere schwer erkranken können, weil die Impfstoffe von Profis geprüft worden sind.“ Diese Aussagen sind verbunden mit der Aufforderung „Lass Dich jetzt auch impfen!“ sowie der Webadresse der rheinland-pfälzischen Impfkampagne und der Telefonnummer der zugehörigen Hotline. Das Motiv wird bereits zum Jahreswechsel an bis zu 200 Werbeflächen im Format City Light Poster in Kaiserslautern aushängen. Dazu werden noch kleinere Plakate gedruckt und allen interessierten Einrichtungen zur Verfügung gestellt.

Gemeinsam mit dem Impfkoordinator des Landes Rheinland-Pfalz, Ministerialdirektor Daniel Stich vom Gesundheitsministerium, und weiteren Unterstützern stellte Dammann am Dienstag im Impfzentrum die Kampagne vor. Impfkoordinator Stich begrüßte die Aktion und dankte den Organisatoren. „Jede Impfung zählt, und alles, was auf die vielfältigen Impf-

Ich bin geimpft, weil...



ich nicht auf der Intensivstation landen möchte!



die Impfstoffe von Profis geprüft worden sind!



auch Jüngere schwer erkranken können!



ich meine Familie schützen will!

Lass Dich jetzt auch impfen!

Beim Impfzentrum, bei Deinem Hausarzt, im Impfbus.

<https://impftermin.rlp.de>
Impf-Hotline: 0800 / 57 58 100

möglichkeiten im Land hinweist, bringt die Impfkampagne nach vorne und uns schneller raus aus dieser Pandemie. Impfen schützt uns und andere. Und auch Auffrischungsimpfungen sind gut und wichtig. Die größte Herausforderung bleibt die hohe Zahl

ungeimpfter Menschen. An sie appelliere ich: Jetzt ist Solidarität gefragt. Lassen Sie sich impfen und leisten Sie Ihren Beitrag gegen das Virus“, so Stich.

„Ich bin sehr dankbar für das große, sehr schnelle und unbürokratische Engagement aller Beteiligten für diese wichtige Aktion. Von der Idee bis zur Umsetzung verging gerade mal eine Woche. Ich bin mir sicher, dass wir so noch etliche Menschen erreichen, sich jetzt impfen zu lassen“, zeigt sich auch OB Weichel überzeugt.



IMPFKATION in der »GLOCKESTUBB«

Pariser Str. 23 · KL

Di., 04.01.2022, 9 - 13 Uhr

Ausweis nicht vergessen! Ohne Anmeldung!

 

Impfaktion am 4. Januar ohne Termin
In der Glockestubb, eine Einrichtung für wohnungslose Menschen in der Pariser Straße 23, findet am Dienstag, 4. Januar, in der Zeit von 9 bis 13 Uhr erneut eine Corona-Impfung statt. Vorzuhalten ist der Personalausweis und, wenn vorhanden, der Impfpass. Einer Anmeldung bedarf es nicht. jps

Stadtbildpflege prüft Wasserstoffbetrieb bei Müllfahrzeugen

Ermittlung des Energiebedarfs läuft

Die Stadtbildpflege Kaiserslautern erwägt, zukünftig wasserstoffbetriebene Müllfahrzeuge im Realbetrieb einzusetzen. Um dafür Daten zu sammeln, wurde vergangene Woche ein Fahrzeug mit Verbrennungsmotor der Firma FAUN im Rahmen der täglichen Müllabfuhr eingesetzt. Bei der Tour durch das Stadtgebiet erhob dieses Fahrzeug Logistik- und Energiedaten und sammelt wichtige Erkenntnisse bei der Umsetzung emissionsfreier Antriebe.

„Dadurch, dass wir mit dem Fahrzeug zwei Wochen Müllbehälter leeren, erhalten wir wichtige Informationen. Unter anderem wird erfasst, wie viele Kilometer und Höhenmeter auf einer Tour zurückgelegt werden, wie oft der Müllwagen hält, um die Behälter zu leeren und wie viel Energie für die Leerung benötigt wird“, so Andrea Buchloh-Adler, Werkleiterin der Stadtbildpflege.

Durch die umfangreiche Datenermittlung kann der städtische Entsorgungsbetrieb wertvolle Rückschlüsse



Sammelt wichtige Daten für die Stadtbildpflege: das Müllfahrzeug der Firma FAUN

FOTO: PS

auf den Einsatz von Wasserstoff in der Antriebstechnik ziehen. Zum Beispiel lassen sich die Anzahl der benötigten Brennstoffzellen, die verbaut werden müssen und die Größe des Wasserstofftanks bestimmen.

Bürgermeisterin Beate Kimmel begrüßt den Testeinsatz: „Im Sinne von

Nachhaltigkeit und emissionsfreier Mobilität ist Wasserstoff im Verkehrssektor ein echtes Zukunftsthema. Ich freue mich über das Engagement der Stadtbildpflege, die sich mit dem möglichen Einsatz von wasserstoffbetriebenen Müllfahrzeugen auseinander setzt.“ jps